

# Laibacher Zeitung.

Nr. 4.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzj. fl. 11, halbj. fl. 5.50. Für die Zustellung ins Haus halbj. 60 kr. Mit der Post ganzj. fl. 15, halbj. fl. 7.50.

Freitag, 5. Jänner

Insertionsgebühr bis 10 Zeilen: 1mal 60 kr., 2mal 80 kr., 3mal 1 fl.; sonst pr. Zeile 1m. 6 kr., 2m. 8 kr., 3m. 10 kr. u. s. w. Insertionsstempel jedesm. 30 kr.

1872.

**Des h. Feiertages wegen erscheint die nächste Nummer am Montag.**

## Amtlicher Theil.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten in Friedau Eduard Ritter v. Romani zum Bezirksrichter in Franz ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten in Dignano Joseph Vigil Bitschneider zum Rathsecretär bei dem Kreisgerichte in Rovigno ernannt.

Der Justizminister hat den Bezirksgerichtsadjuncten Franz Frischenschlager auf sein Ansuchen von Rindberg nach Leibnitz übersetzt.

Der Justizminister hat dem Bezirksgerichtsadjuncten in Lussin Anton Westron die angesuchte Versetzung in gleicher Eigenschaft zu dem Bezirksgerichte in Cormons bewilligt.

Der Justizminister hat den Auscultanten Julius Seewald zum Bezirksgerichtsadjuncten in Neumarkt in Steiermark ernannt.

## Nichtamtlicher Theil.

### Die Justizreform in Ungarn.

Am 1. Jänner sind die königlichen Gerichte in Ungarn ins Leben getreten.

Der „Pester Lloyd“ widmet diesem epochemachenden wichtigen Ereignisse folgenden Artikel: „Die Justiz wird bei uns nicht mehr im Namen der Comitats, im Namen der Städte, sondern im Namen des Staates, im Namen des Königs gehandhabt! Ohne uns einer Unbescheidenheit schuldig zu machen, dürfen wir behaupten, daß wir seit einer langen Reihe von Jahren mit Wort und Schrift im Vordertreffen Derjenigen standen, die für das Richtersnennungssystem mit Heftigkeit kämpften. Es handelte sich um das Richterstand gegen untenhin unabhängig zu machen, demselben eine gesicherte Stellung zu verschaffen und ihn nicht als Spielball in den Händen der Comitats- oder Stadtschreiber, oder falls dieser Ausdruck nicht ganz parlamentarisch sein sollte; in den Händen der Comitats- und Stadtmadame zu lassen. Wir gingen und gehen auch derzeit noch von der Ansicht aus, daß bei dem Wahlsystem ein unabhängiger Richterstand nicht möglich ist, während bei dem Ernennungssystem die Unabhängigkeit gegen oben hin einerseits durch das Gesetz (Unabsehbarkeit der Richter), andererseits durch die Presse, wenn auch nicht vollständig, so doch wenigstens annäherungsweise gewahrt werden kann. So sehr wir nun aber auch davon befriedigt sind, daß das Richtersnennungssystem zu Fleisch und Blut wurde, so drückt uns doch noch manche Sorge, die wir hier offen mittheilen wollen, einerseits, weil eine solche Mittheilung die Brust leichter macht, andererseits, weil es sich um Besprechung der Mittel handelt, wodurch manchem Uebelstande abgeholfen werden kann.

Wir sprechen weder von den Persönlichkeiten der neu ernannten Richter, noch von dem stattgefundenen Ernennungsmodus, noch auch von der Unmöglichkeit einer schnellen Justiz. Wir nehmen die Thatsachen vorläufig wie sie sind und sprechen offen unsere Ueberzeugung dahin aus, daß, wenn auch lauter juristische Capacitäten ernannt worden wären, von einer schnellen Justiz bei uns so lange nicht gesprochen werden kann, als nicht noch massenhafte Nachernennungen geschehen, da ein Mensch bekanntlich nur einen Kopf und bloß zwei Hände und Füße hat und auch Tag und Nacht unserem Finanzminister gegenüber so respectwürdig handeln, daß sie nicht länger als 24 Stunden dauern wollen. Unsere Sorge ist noch anderer Natur. Wir fürchten, daß die aus dem Wahlsystem in das Ernennungssystem übergegangenen Richter, namentlich in der ersten Zeit, im Gefühl ihrer Unabhängigkeit diese letztere mißverstehen und unter Unabhängigkeit: schrankenlose Freiheit verstehen werden. Man wende nicht ein, daß dagegen das Richterverantwortlichkeitsgesetz genügenden Schutz biete. Ein Richter kann viel Unheil stiften, welches nicht in den Rahmen des Disciplinargesetzes paßt!

Die Vertheidiger des Wahlsystems haben in diesem Argumente stets ihre schärfste Waffe gefunden. Freilich war ihre Schlussfolgerung keine richtige; denn daraus, daß das Ernennungsprincip mit diesem Uebelstande verbunden ist, folgt noch nicht, daß man das noch weit schädlichere Wahlsystem auch in Zukunft hätte belassen sollen, sondern, daß man auf Mittel und Wege bedacht sein muß, den genannten Uebelstand auf ein Minimum herabzudrücken.

Welches dieses Mittel ist? Die Presse. Wir erklären hienit offen und ohne Scheu, daß wir von diesem Mittel rückichtslos Anwendung machen werden, ohne Rücksicht auf die hohe oder niedrige Stellung des Betreffenden, ohne Rücksicht auf Preßprocesse. Man mißverstehe uns nicht.

Wir haben bereits erklärt, daß wir derzeit leider keine schnelle Justiz zu erwarten berechtigt sind. Wir verlangen auch nicht, daß die neu ernannten Richter ihre Gesundheit dem Staate opfern. Dazu hat der Staat kein Recht und muß man — wie es scheint — unsere Regierung ad absurdum führen, bevor sie sich überzeugt, daß ein Mensch nicht für drei arbeiten kann. Aber was wir von den neu ernannten Richtern erwarten dürfen und entschieden verlangen, ist: daß sie den Begriff der „Unabhängigkeit“ nicht mißverstehen, daß sie guten Willen betheiligen und mit Gründlichkeit und vollständiger Objectivität vorgehen. Von der Regierung aber erwarten wir, daß sie die tüchtigen, fleißigen und gewissenhaften Richter befördere. Die Prüfung einzelner Kräfte kann und muß eindringlicher geschehen, als bei Ernennungen, die nach Tausenden zählen. Fehlschüsse, die bei letzteren entschuldbar sind, dürfen sich nicht bei einzelnen Ernennungen wiederholen.

Was die Vermehrung des Personals anbelangt, so wird dieselbe erfolgen müssen.“

## Politische Uebersicht.

Laibach, 4. Jänner.

„Oziennik polski“ begrüßt die Bildung eines einheitlichen Verfassungs-Clubs, wo die äußerste Linke ein geeignetes Feld finden werde, den polnischen Ausgleich im weiteren Kreise der Verfassungs-Partei zu propagiren.

Gegenwärtig verweilen in Wien von den ungarischen Ministern: Vonyay, Wendheim, Slavy, Kerkapolyi, Tisa, wie auch der croatische Minister Pejacevic. Sobald die beiden croatischen Parteien ihre Wünsche formulirt haben werden, halten die ungarischen Minister abermals eine Conferenz, und in Folge der dort zu fassenden Beschlüsse werden die weiteren Verhandlungen ihrem Endresultate entgegen geführt werden. Was auf administrativem Gebiete momentan geregelt werden kann, das ließ Vonyay sich momentan möglichst angelegen sein, wofür die noch vorgestern nach Agram abgeordneten officiellen Aufträge den unwiderlegbarsten Beweis an den Tag legen.

Am 1. d. wurden in Pest die neuernannten Präsidenten der Gerichtshöfe, die Richter, Notare und sonstigen Beamten beeidet. Der solenne Akt erhielt ein feierliches Relief durch die würdevolle Haltung der Beamten, welche getragen waren von dem Bewußtsein, diesmal nicht in Folge von Wahlmanövern, sondern durch persönliche Befähigung ernannt worden zu sein.

Unterschiedslos und unabhängig von politischer Parteifarbung gibt sich in den ungarischen Blättern eine aufrichtige Befriedigung über die jüngste Verfassungsorganisation kund. An den principiellen Sieg des Ernennungssystems über das bisherige Wahlsystem knüpfen dieselben berechtigte Hoffnungen, daß die Justiz an Zuverlässigkeit und Raschheit in dem Maße gewinnen werde, in welchem die zu ihrer Handhabung Berufenen in Zukunft den Vortheil der Unabsehbarkeit und Unabhängigkeit genießen werden.

„Budapesti Közlöny“ bringt als Neujahrsangebinde das sanctionirte Gesetz über die Aufhebung der Prügel- und Kettenstrafe und die Abschaffung des Blutgeldes.

Berliner Blätter melden, daß der Empfang der Generale und Minister beim Kaiser zur Abstattung der Neujahrsgratulation ein ganz besonders herzlicher gewesen ist. Der Kaiser hat den höchsten Spitzen der Armee wie der Regierung mit großer Wärme gedankt für die dem Staate und ihm geleisteten Dienste in schwerer Zeit der Prüfung und Gefahr. Auch der Erwartung ist Ausdruck gegeben worden, daß Deutschland, nach Außen und Innen erstarkt, einer glücklichen

Ära des Friedens entgegengehen werde. — Zur Feier des Ordensfestes am 18. Jänner (Stiftungstag des Königreiches Preußen) werden umfassende Vorbereitungen bei Hofe getroffen. Eine große Zahl deutscher Fürsten haben ihr Eintreffen hier zugesagt. Alle Personen, welche in hervorragender Weise am deutsch-französischen Kriege theilgenommen, sind vom Kaiser hieher geladen. — Die Vertheilung der Dotation erfolgt am 18. Jänner bestimmt.

Bei dem Neujahrsempfange sprach nicht der päpstliche Nuntius Namens des diplomatischen Corps, sondern jeder Botschafter und Gesandte wendete sich einzeln an Herrn Thiers, welcher jedem antwortete. Fürst Metternich wohnte, nachdem er Sonntags sein Abberufungsschreiben überreicht hatte, dem Empfange nicht bei. Dem spanischen Gesandten Oloaga gegenüber sprach Thiers Wünsche für die Wohlfahrt Spaniens und seiner Dynastie aus.

Das „Journal officiel“ veröffentlicht ein Circular des Ministers des Innern, in welchem den französischen Behörden die größte Sorgfalt bei der Herstellung der Wählerlisten für das Jahr 1872 anempfohlen und daran erinnert wird, daß für die wesentlichsten Punkte dieses Actes das organische Decret vom 2. Februar 1852 bis auf weiteres maßgebend bleibt. Von den bevorstehenden Ergänzungswahlen ist in diesem Schriftstücke nicht die Rede. — Es bestätigt sich, daß die Regierung eine Art von Amnestie von der Kammer verlangen wird. Bei 10.000 Personen sollen in Freiheit gesetzt werden, jedoch unter der Bedingung, daß sie nicht in der Hauptstadt wohnen. Außerdem will die Regierung sich das Recht vorbehalten, sie, wenn es nöthig werden sollte, aus Frankreich auszuweisen.

In einer Rückschau auf das abgelaufene Jahr bezeichnet die „Opinion“ dasselbe als ein für Italien besonders glückliches, und zwar sowohl vom politischen als vom staatswirtschaftlichen Standpunkte aus. In einer mehr allgemein gehaltenen Betrachtung sagt das officiöse Blatt sobann: „Das Jahr 1871 hat dem neuen Jahre noch viele schwierige Fragen zur Lösung übrig gelassen. Es bedarf des Geistes gegenseitiger Versöhnung und Duldung, um die Hindernisse zu beseitigen, welche Leidenschaft und Ungebuld dem Fortschritt der Völker entgegensetzten, und um die Uebel zu ermitteln, welche die Gesellschaft betrübten, um die Heilmittel dagegen aufzufinden; jener Geist herrscht nun in Europa und man ist sich allgemein bewußt, daß der sociale Fortschritt in unübersehblicher Weise den Regierungen wie den Völkern jene Sicherheit wiederbringen wird, die unerlässlich zur Förderung des Guten ist und welche die blinden Anbeter einer für immer verschwundenen Vergangenheit vergebens zu gefährden und zu erschüttern bemüht sind.“

Der Papst beobachtet sowohl der Jesuitenpartei, als jener Fraction des Vatikans gegenüber, die ihn zu versöhnlichen Kundgebungen angesichts der italienischen Regierung bewegen will, entschiedene Zurückhaltung; er enthält sich der Selbstelebration großer kirchlicher Functionen, gleichzeitig aber auch jeder gegen den status quo gerichteten Allocution.

Die Schwierigkeiten des Königs Amadeus in Spanien sollen sich steigern und bis nach Florenz hin einige Unruhmomente verursachen. Man kann im Interesse Spaniens nur wünschen, daß ihm neue Zuckungen erspart werden und der König des Regierens in einem von Parteien zerrissenen Lande nicht müde werden möchte.

Der König von Portugal hat die Cortes persönlich mit dem üblichen Ceremoniel eröffnet. Die lange und wichtige Thronrede kündigt mehrere dem freiheitlichen Geiste des Jahrhunderts entsprechende Änderungen der Verfassung an, constatirt, daß der Aufstand in den indischen Colonien unterdrückt ist und daß die Finanzen für die Zukunft eine Besserung versprechen.

## Schulbibliotheken.

Durch § 44 des Reichs-Volksschulgesetzes vom 14. Mai 1869 wurde angeordnet, daß in jedem Schulbezirke eine Lehrerbibliothek anzulegen sei, und durch § 71 der mit der Ministerialverordnung vom 17. August 1870 erlassenen Schul- und Unterrichtsordnung wird bestimmt, daß nach Bedarf für eine jede Volksschule eine Schulbibliothek zu beschaffen sei. Et. Excellenz der Minister für Cultus und Unterricht Dr. v. Stresemann hielt nun den Zeitpunkt für gekommen, daß die Schul-



reform im Geiste der neuen Gesetze auch in dieser wichtigen Richtung mit allem Eifer in Angriff genommen, an die Regelung der bestehenden, so wie an die Gründung der noch notwendigen Schüler- und Lehrerbibliotheken durch rasche und unmittelbare Einflussnahme der Schulbehörden geschritten und in solcher Weise die den obigen Normen zu Grunde liegende Absicht überall verwirklicht werde.

Der Herr Minister forderte daher die k. k. Landes-Schulräthe auf, die zu diesem Zwecke erforderlichen Einleitungen baldigst zu treffen und ihm über die Erfolge der diesbezüglichen Verfügungen bis Ende Juli d. J. einen das ganze Verwaltungsgebiet umfassenden, den Stand der Schul- und Bezirkslehrerbibliotheken nachweisenden Bericht zu erstatten. Zugleich theilte der Herr Minister den k. k. Landes-Schulräthen Entwürfe zu Bibliotheksordnungen für beide Kategorien zu dem Zwecke mit, innerhalb der Grenzen der darin enthaltenen Bestimmungen mit Berücksichtigung der Schulverhältnisse des Landes solche Bibliotheksordnungen für das Land festzustellen und dieselben zur Darnachachtung vorzuschreiben.

Insofern es bei den zu treffenden Anordnungen sich zunächst und hauptsächlich um die Festsetzung der Geldmittel für die gedachten Bibliotheken handelt, verweist der Herr Minister hinsichtlich der Bezirks-Lehrerbibliotheken auf die diesbezüglichen besonderen Bestimmungen der Landes-Schulhaltungsgesetze und bemerkt betreffs der Schulbibliotheken, daß denselben gemäß der Schul- und Unterrichtsordnung die Eigenschaft von Lehrmitteln zukommt, über deren Beschaffung theils das Schulhaltungsgesetz, theils jenes über die Schulaufsicht die erforderlichen Normen enthalten. Nebstbei wird es sich aber namentlich in Bezug auf die Lehrerbibliotheken empfehlen, auch andere Mittel und Wege zu ihrer Bildung und Vermehrung ausfindig zu machen, die für Volksschulen vielfach und so wirksam bekundete Wohlthätigkeit in entsprechender Weise heranzuziehen und insbesondere auf die Thätigkeit der Ortschulräthe und der Lehrer selbst zu diesem Zwecke angemessen einzuwirken. Soweit eine Unterstützung durch die Bücherverläge des Staates thunlich erscheint, sichert der Herr Minister dieselbe bereitwilligst zu.

## Tagesneuigkeiten.

— Ihre Majestät die Kaiserin befindet sich derzeit zu Schloß Rottenstein bei Meran.

— Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 28. November v. J. allergnädigst zu genehmigen geruht, daß bei nicht systemisirten Lehrstellen an Staats-Mittelschulen die Bezeichnung „extra statum“ entfallt. Es ist jedoch auch künftighin für jede Ueberschreitung der gegenwärtig festgestellten Lehrerzahl einer Staats-Mittelschule die Allerhöchste Ermächtigung einzuholen und vorkommenden Falls die etwa zulässige Verminderung dieser Lehrerzahl im Auge zu behalten.

— (Familien- und Privat-Bibliothek Sr. Majestät des Kaisers.) Wie die „Dester. Corresp.“ vernimmt, hat Se. Majestät der Kaiser die Drucklegung eines Kataloges der an Schätzen reichen kaiserlichen Privat- und Familien-Bibliothek angeordnet und den Plan der Arbeit nach einer eingehenden Darlegung desselben genehmigt.

— (Die Königin Victoria) wird das englische Parlament persönlich eröffnen.

— (Personalnachrichten.) Minister Unger ist an einem Halsleiden erkrankt. — Dem Grafen Beust widerfuhr bei der Abfahrt von Dover nach Salzburg der Unfall, daß einer seiner Koffer, in welchem verschiedene Ordensinsignien im Werthe von 4000 fl. sich befanden, zufällig ins Meer hinabsiel und versank. — Ihre Excellenz Frau Gräfin Andrássy erhielt am 30. v. M. den Besuch Sr. kais. Hoheit des Herrn Erzherzogs Ludwig Victor. Am 3. d. hat die Frau Gräfin die Besuche des diplomatischen Corps empfangen.

— (Stiftung.) Baron Königswarter jun. hat ein Capital von 100.000 fl. zu dem Zwecke gewidmet, daß damit jährliche Stipendien für sechs arme Studierende in Wien gegründet werden sollen.

— (Brand im Joanneum.) Vorgestern entstand im Joanneum zu Graz in Folge von Ueberheizung ein Kaminbrand, der von der Turner- und städtischen Feuerwehr baldigst gelöscht wurde.

— (Duell.) Beim Grazer Landesgerichte wurde gegen mehrere Studierende wegen Zweikampfes die strafgerichtliche Untersuchung eingeleitet.

— (Der Wetterprophet.) Nach Herschel beginnt das Jahr mit hellen kalten Tagen, am 10. Jänner tritt starker Wind ein, welcher bis 25. sich wiederholt und Schnee bringt, dann wird der Himmel wieder klar.

## Locales.

### Auszug

aus dem Protokolle über die

Sitzung des k. k. Landes-Sanitätsrathes

für Krain in Laibach am 9. September 1871.

I. Nachdem der Vorsitzende Professor Dr. Valentia die Einläufe mitgetheilt, verlas Sanitätsrath Dr. Razpet seine Anträge, die sich in Folge Zusammen-

stellung des Impfhauptberichtes pro 1871 ergaben. In dem Motivenberichte wurden die Ursachen der mangelhaften Impferate, sowie die Gründe erörtert, warum die Zahl der zur Impfung nicht erscheinenden Kinder jährlich wächst und namentlich hervorgehoben, daß in Laibach nur 252 Kinder geimpft und Niemand revaccinirt wurde, wo doch in den Schulen zahlreiche Revaccinanden zu haben waren.

Er stellte daher folgende Anträge:

1. Die hohe k. k. Landesregierung geruhe den Impfarzten aufzutragen, in dem nach jeder Impfung zu erstattenden Impfberichte folgende Daten anzugeben:

- a) Die genaue Provenienz des Impfstoffes, womit der erste Vorimpfing geimpft wurde, mit Angabe des Namens der einzelnen Vorimpfinge in den einzelnen Impfstationen;
- b) den Verlauf des Impfgeschäftes;
- c) besonders interessante Beobachtungen während der Impfung in Rücksicht auf Fäulung, Verlauf, Krankheitserscheinungen etc.

Bei der Revaccination:

- d) Angabe der zur Revaccination Bestimmten;
- e) Berücksichtigung der ersten Impfung mit Angabe der Zeichen der ersten Impfung mit den Terminis  
α) kennbar . . . . . β) wenig kennbar . . . . . γ) nicht kennbar . . . . . mit Angabe des Erfolges der Revaccination in den eben genannten Kolonnen;
- f) besondere Vorkommnisse bei der Revaccination;
- g) auf Grundlage dieser Impfberichte haben die landesfürstlichen Bezirksärzte ihren Hauptbericht zu verfassen und hierbei noch auf Percente des Impferfolges und der dadurch ersparenden Kosten Rücksicht zu nehmen.

2. Die hohe k. k. Landesregierung wolle den landesfürstlichen Bezirksärzten auftragen, die Impfarzte beim Impfgeschäft zu controliren, daher die Impfarzte zu verpflichten, den Ort, Tag und die Stunde der Beimpfung genau anzugeben.

3. Die landesfürstlichen Bezirksärzte haben zu erforschen, worin die große Anzahl der jährlich zur Impfung nicht Erschienenen begründet ist, worauf besonders auf jene Impfungen Rücksicht zu nehmen ist, wo zwei Impfarzte in Einer Pfarre impfen. Die von einem Impfarzte geimpften, ihm nicht zuständigen Impflinge sind dem Nachbararzte namentlich anzugeben.

4. Der Stadtmagistrat werde aufgefordert, durch seine Sanitätsorgane die Ursache der geringen Betheiligung an der Impfung und Revaccination zu ergründen.

5. Das hohe k. k. Landespräsidium wird ersucht, alle Bezirkshauptmannschaften und den Stadtmagistrat aufzufordern, gegenüber den zur Impfung nicht gebrachten Impfpflichtigen genau nach den bestehenden Vorschriften vorzugehen, und vorgehen zu lassen und namentlich bei nicht erwiesener begründeter Verhinderung protokollarisch die Ursache des Nichterscheins zur Impfung festzustellen.

6. Der Herr k. k. Landespräsident geruhe sich beim Landesauschusse dahin zu verwenden, daß den Impfarzten bei den Impfpreisen, wie es auch in andern Ländern der Monarchie, namentlich im Küstenlande, der Fall ist — Meilengelder statt der jetzt üblichen ein Viertel-Vorspann bewilligt werden.

Bei der Debatte, welche sich an diese Anträge knüpfte, bemerkte Regierungsrath v. Andrioli, daß in der vortrefflichen Vorschrift über die Leitung und Ausübung der Kuhpockenimpfung, welche mit Hofkammerdekret vom 9. Juli 1836 erfolgte und mit Gubernial-Verordnung vom 10. November 1836, Z. 24866, in Wirksamkeit trat, alle Bestimmungen enthalten seien, welche für eine zweckmäßige Durchführung der Impfung nothwendig sind, gibt jedoch zu, daß die Impfarzte wegen der schlechten Entlohnung dem Impfgeschäft nicht jederzeit die nothwendige Sorgfalt widmen, und weil sie nebenbei bei demselben von den Bezirksärzten nicht controlirt werden. Er wisse es aus eigener Erfahrung von Istrien her, daß dort die Impfung in einer Art und Weise durchgeführt werde, die nichts zu wünschen übrig lasse, allein die Entlohnung der Impfarzte, welche Meilengelder beziehen, ist eine bessere und bei der Impfung interveniren die Bezirksärzte. Dieser Ansicht schließt sich das ganze Collegium an, und Dr. G a u s t e r stellt den Antrag, „daß das hohe Präsidium ersucht werde, eine Gesetzesvorlage wegen des Meilengeldes der Impfarzte, seien es Aerzte oder Wundärzte, an den Landtag zu bringen, um dann die Ermächtigung dazu beim hohen Ministerium zu erwirken.“ Dies wird von mehreren Mitgliedern, namentlich von Dr. B l e i w e i s bekämpft, der da meint, daß es genüge, sich für die Bewilligung der Meilengelder durch das hohe Präsidium bei dem Landesauschusse zu verwenden, Sanitätsrath Dr. G a u s t e r zieht hierauf seinen Antrag zurück, und werden schließlich alle Anträge des Sanitätsrathes Dr. Razpet mit allen gegen Eine Stimme (Regierungsrath v. Andrioli) angenommen.

II. Der Berichterstatter des Choleracomité's, Sanitätsrath Dr. G a u s t e r, verliest nun die diesbezüglich an das hohe k. k. Landespräsidium zu leitenden Anträge, welche nach längerer Debatte, an welcher sich namentlich die Sanitätsräthe Dr. Bleiweis, Razpet und Valenta theilnahmen, in folgender Lesung angenommen werden, u. z.:

I. Sogleich wäre anzunehmen und durchzuführen:

1. In der Stadt Laibach, sowie in den Städten und größeren Märkten des Landes, wäre aus sämtlichen Aborten, Senkgruben, Kanälen u. s. w., wohin menschliche Entleerungstoffe gelangen, dieselben zu entfernen, und zwar binnen kurzem Termine, und wären sodann die neu hineingelangenenden stetig zu desinficiren. Als Desinfectionsmittel ist Eisenvitriol abwechselnd mit phosphorsäurem Kalk, der in der Gasanstalt in Laibach sehr billig ist, oder mit Karbolsäure besprengtes Kalkpulver anzuwenden.

Die Desinfection wäre am zweckmäßigsten von der Gemeinde auszuführen, da nur so eine regelmäßige und allseitige Desinfection möglich ist.

Die Desinfection ist regelmäßig so lange durchzuführen, bis sie nicht ausdrücklich aufgehoben ist.

2. Die gleiche Maßregel ist unbedingt gegenüber allen Bahnhöfen im Lande und allen von Fremden besuchten und bewohnten Gasthöfen, sowie in Fabriken und wo größere Bauten ausgeführt werden, nothwendig, da gerade auf diesem Wege häufig Einschleppungen stattfinden.

3. Dieselbe Maßregel ist selbstverständlich in allen öffentlichen Gebäuden, seien sie der Civil- oder Militärverwaltung unterstehend, dann in den Schulen, sobald sie eröffnet sind, im ganzen Lande durchzuführen.

4. In Laibach und den größeren Orten des Landes sind alle, in den übrigen, nur etwa vorhandene öffentliche oder Gemeindebrunnen bezüglich der Beschaffenheit des Wassers zu untersuchen; dort, wo es möglich ist, sind Aerzte hierzu beizuziehen.

In Laibach wäre die Brunnencommission zur eifrigsten Thätigkeit aufzufordern.

Wo sauliges, unreines, stark trübes Wasser gefunden wird, ist der Brunnen zu sperren und kann hiervon nur dort eine Ausnahme gemacht werden, wo gar kein anderes Trinkwasser zu haben ist.

In diesem letzteren Falle ist das Wasser durch regelmäßigen Zusatz von der Kleginsky'schen Desinfectionsmasse zu desinficiren und genießbar zu machen.

Die übrigen gesperrten Brunnen mit verdorbenem Wasser sind erst dann wieder zum Gebrauche zuzulassen, wenn die Uebelstände beseitigt und das Wasser wieder gesundheitsungefährlich befunden wird.

5. In Laibach, sowie in den größeren Orten des Landes wäre von den Gemeindevorstellungen unter Zuziehung eines Arztes eine genaue Nachschau in den einzelnen Häusern hinsichtlich sanitärer Gebrechen, namentlich Ueberfüllung der Wohnungen, schlechte oder ungenügende Anlage der Aborte, gesundheitswidriger Wohnungen und Arbeitslocalitäten u. s. w. zu pflegen und wärend die gefundenen Gebrechen möglichst abzustellen, besonders grobe aber jedenfalls binnen nicht zu langer peremptorischer Frist zu beseitigen, namentlich hervorragend gesundheitswidrige Wohnungen zu räumen und zu schließen u. s. w.

Der k. k. Landes-sanitätsrath muß besonders darauf aufmerksam machen, daß ein Theil des k. k. Militärs in Laibach derart bequartirt ist, daß durch Ueberfüllung das Gesundheitswohl der Truppen und der Stadt gefährdet ist. Es wird daher der Herr k. k. Landespräsident ersucht, bei der löblichen Militärverwaltung dahin zu wirken, daß diesem Uebelstande abgeholfen werde.

6. Der Lebensmittelmarkt ist auf das genaueste zu überwachen, sowohl gegenüber verdorbenen Nahrungsmitteln als unreifem Obste. Es ist dabei mit der größten Strenge vorzugehen, und wäre namentlich in der Stadt Laibach diese Ueberwachung viel energischer durchzuführen, als derzeit, da hier der größte Marktverkehr ist und hier viel unreifes Obst auf den Markt gebracht wird.

7. Alle Aerzte, Seelsorger, Todtenbeschauer wären zu beauftragen, Erkrankungen an Diarrhöen, Brechdurchfall, Ruhr und Brechruhr sogleich der Behörde anzuzeigen.

8. Die in der Nähe der Wohnhäuser befindlichen Anhäufungen von Däner sind thunlichst zu beseitigen, jedenfalls aber regelmäßig ausweichend und entsprechend zu desinficiren.

Alle diese Maßregeln wären unter Androhung bestimmter empfindlicher Strafen gegen alle jene, welche dagegen handeln, seien es Privatparteien oder Gemeinde-Verwaltungen, festzusetzen, da nur durch consequentes und energisches Vorgehen ein Erfolg erzielt werden kann. Nachdem die Maßregeln entschieden unter die Rubrik „Vorkehrung zur Verhütung ansteckender Krankheiten“ gehören, so erscheint die Staatsverwaltung gegenüber dem übertragene Wirkungskreise der Gemeinden auch gesetzlich berechtigt, von vornherein neben der Anordnung der Maßregeln auch die Androhung der Strafe auszusprechen.

II. Bei etwa näherem Heranrücken der Cholera oder plötzlichem Einbruche derselben wären durchzuführen:

1. Verstärkung des k. k. Landes-Sanitäts-Rathes durch Laienmitglieder, die von der hohen Regierung, dem hohen Landesauschusse, dem löblichen Gemeinderathe deputirt werden, und Constituierung dieses verstärkten Collegiums zu, mit aller Executive ausgestatteter, für die Dauer der Gefahr und der Epidemie mit der oberen



Leitung betrauter Sanitäts-Landes-Commission, deren Präsidium der Herr Landes-Präsident oder sein Stellvertreter übernehmen wolle.

2. Es wäre jetzt schon mit den maßgebenden Militärbehörden zu verhandeln, daß auch die Militärverwaltung durch ärztliche und andere Mitglieder bei dieser Landescommission vertreten werde, damit alle wichtigeren Maßregeln vereinbart werden können, da nur so dem Zwiespalte in der in so gefährlicher Zeit doch dringendst der vollen Einheit bedürftigen Sanitätsverwaltung vorgebeugt werde.

3. In der Stadt, größeren Märkten und Gemeinden, in denen Aerzte domiciliren, wären sogleich eigene Local-Sanitäts-Commissionen zu errichten, die die ganze Leitung der Vorkehrungsmaßregeln gegen die Epidemie und diese selbst, wenn sie etwa ausbricht, mit voller Executive zu übernehmen hätten. Sie wären analog schon früher gestellten Anträgen aus dem Gemeindevorsteher als Vorsitzenden, 2—3 vom Gemeindeausschusse bezeichneter Mitgliedern desselben und den Aerzten (Doctoren und Wundärzten) zusammenzusetzen. Wo Militär liegt, wäre jedenfalls dafür zu sorgen, daß die nothwendigen Maßregeln ohne Verzögerung im gemeinsamen Einverständnisse getroffen werden.

4. Bei Ausbruch der Seuche sind genügende Räume für Nothspitäler sogleich beizustellen und als solche einzurichten. Doch sind einige Räumlichkeiten für die Brechruhrkranken zu bestimmen.

5. Es ist dafür zu sorgen, daß im Falle des Ausbruches die befallenen Gemeinden rasche, ausreichende ärztliche Hilfe und wo möglich eine genügende Zahl von brauchbaren Krankenwärtern erhalten, da gerade durch zweckmäßige Pflege im Beginne der Krankheit oftmals sehr Ersprießliches geleistet werden kann. Ebenso wären den zu großen Pöblikaten gleich bei eintretender Gefahr im Lande promovirte Aerzte den betreffenden Bezirks-hauptmannschaften als Rathgeber für die gesammte Leitung der Maßnahmen gegen Einbruch und Verbreitung und zur Tilgung der Cholera beizugeben, so daß die landesfürstlichen Bezirksärzte ihre amtliche Sorgfalt mit größerem Erfolge einem kleineren Sprengel zukommen lassen können. Die früheren bisher nicht angestellten Pöblikar wären dabei in erster Linie zu verwenden.

6. Bei der Militärbehörde wäre bei etwaigem Ausbruch der Cholera in Oesterreich zu erwirken, daß sogleich die hiesigen Truppen Concentrungen aufgehoben würden, die Waffenübungen der Landwehr und Reservisten und die Militär-Diölocationen sistirt werden; sollten vor Aufhebung der Concentration bei den Truppen Cholerafälle vorkommen, so wäre der befallene Truppentheil an dem Orte festzuhalten, wo die Krankheit bei ihm antrat, und wäre erst bis zu völligen Erlöschen der Krankheit und nach constatirtem Nichtvorhandensein von Diarrhöen bei der Mannschaft deren Abmarsch zu gestatten.

Uebrigens erscheint es nothwendig, daß die löbliche Militärverwaltung die unbedingt nothwendigen Transporte möglichst per Eisenbahn abgehen läßt.

7. Auch wäre dafür zu sorgen, daß diarrhöekranke Soldaten weder auf Urlaub gesendet noch entlassen werden, sondern bis zur vollständigen Heilung im Spital bleiben.

8. Wo ein größerer Menschenzusammenfluß ist, bei größeren Bauten, in größeren Fabriken, ist von der betreffenden Unternehmung dafür zu sorgen, daß Diarrhöekranke rechtzeitig in zweckmäßige Pflege und Behandlung kommen und separirt werden, so daß sie nicht Aborte benützen können, die in Senkgruben, Tonnen u. s. w. münden, welche von den Gesunden benützt werden.

9. Brechruhrkranke, ob sie dem Civile oder Militär angehören, sollen nicht von einer Gemeinde in eine andere transportirt werden.

## Zur Verfassungsfeier.

(Fortsetzung.)

### Rede des Dr. Schaffer:

Wir kommen nun zu dem zweiten Schlagworte, von dem Sie mir erlauben wollen, noch kurz zu sprechen. Es nennt sich: die öffentliche Meinung.

Hier stehen die Dinge etwas anders. Hier haben wir ein vollständiges Wort vor uns, das allerdings auch einen großen Inhalt hat. Die öffentliche Meinung kann in der That etwas Unwiderstehliches, etwas gewaltiges sein; sie ist bisweilen eine gigantische Kraft, der kein Minister, keine Regierung, keine Macht mehr Stand halten kann, wenn sie gebieterisch fordert. Aber was ist in Wahrheit die öffentliche Meinung, wo ist sie zu finden?

Das ist eine schwierige Untersuchung. Schon das Sprichwort sagt Ihnen, daß wir es hier mit etwas sehr variablem zu thun haben, daß die Ansichten sich häufig entgegenstellen. Bald heißt es: vox populi, vox dei — Volksstimme, Gottesstimme — und dann gleich wieder: mutabilis vulgus, profanum, das veränderliche, gottlose Volk; die Dichter bieten uns ein gleiches Bild und ein Genius sogar von der glühenden, allumfassenden Menschenliebe unseres Schiller läßt sich in seinem „Demetrius“ einmal zu dem Ausspruch hinreißen: „Reinheit ist der Unsinn, Verstand ist stets bei Wenigen nur gewesen.“

Wie steht also um die öffentliche Meinung?

Hier handelt es sich um einen nie ruhenden, vermit-

telten und verzweigten Proceß, der sich nicht von Schritt zu Schritt verfolgen läßt und uns immer nur in seinem jeweiligen Resultate klar wird.

Wie die gesammte physische und geistige Welt, so sind auch die Anlagen und die Anschauungen der Menschheit dem Gesetze der fortwährenden Bewegung unterworfen. Es findet eine rastlose Arbeit, eine immerwährende Entwicklung statt, neue Ideen tauchen auf. Sind diese Ideen dann verallgemeinert, völlig in das geistige Wesen des Volkes übergegangen, zu der herrschenden Ansicht über bestimmte Gegenstände und Angelegenheiten des öffentlichen Lebens geworden — dann kommen sie als öffentliche Meinung zum Ausdruck.

Hiermit ist schon angedeutet, daß Ideen, sollen sie zur öffentlichen Meinung werden, früher eine gewisse Verarbeitung in den Köpfen derjenigen gefunden haben müssen, als deren maßgebende Anschauung sie dann zu gelten haben. Mann kann also sagen: Nicht einfach die Summe der Aeusserungen der ganzen Massen des Volkes, sondern die Uebereinstimmung der Ansichten aller jener Kreise, in denen wenigstens innerhalb der Grenzen der schlichten Vernunft ein selbstständiges Urtheil vorausgesetzt und Erfahrungen gewürdigt werden können, das ist das, was wir die öffentliche Meinung nennen können.

Das Bestreben dann, die Forderungen der öffentlichen Meinung auch ins Leben zu bringen, was als Gebrechen und Irrthum in Staat und Gesellschaft erkannt ist, verschwinden zu machen; Gesetze und Einrichtungen, die nothwendig sind, einzuführen — diese Ansprüche gestalten sich dann in ihrer Gesammtheit zu der unwiderstehlichen Macht, die wir den Zeitgeist heißen.

Offenbar nun ist es einerseits höchst wünschenswerth, daß sich ein möglichst großer Theil des Volkes in der Lage befinde, an der Bildung der wahren öffentlichen Meinung theilzunehmen, andererseits ist der Eintritt dieser ersuchten Thatsache begreiflicherweise auf das innigste mit der Culturstufe eines Volkes verbunden. Zwei große Voraussetzungen gibt es, von denen die Stichthaltigkeit und die Kraft der öffentlichen Meinung abhängig ist. Die eine ist die Bildungsstufe des Volkes, der Stand des Unterrichtes in demselben. Je gebildeter ein Volk ist, je weniger bildungslose Schichten es aufweist, je mehr das Hervortreten einzelner exclusiv gebildeter Kreise verschwindet und eine gewisse Summe von Kenntnissen und Einsicht Allgemeingut wird, desto sicherer und unverfälschter wird die öffentliche Meinung zum Ausdruck gelangen. Das zweite maßgebende Moment aber ist die Beschaffenheit der öffentlichen Moral, die Lebhaftigkeit des ethischen, des Rechtsbewußtseins im Volke. Nicht umsonst kommt Sittlichkeit von Sitte. Der sittliche Kern des gesammten Volkes muß gesund sein, dann wird die öffentliche Meinung den höchsten Standpunkt erreichen und recht eigentlich das Gewissen des ganzen Volkes werden.

Möglichste Verbreitung des Unterrichtes, der Bildung und eine robuste Sittlichkeit — keine blasse fränkische Jesuitenmoral — das sind also die unerschöpflichen Quellen der wahren öffentlichen Meinung. Sind diese nicht vorhanden, so geht die öffentliche Meinung meist auf falschen Wegen, sie ist keine ursprüngliche, sondern eine gemachte, und sie verdient nicht mehr gehört zu werden.

Und jetzt wollen wir doch noch einen Blick werfen auf unsere engern Verhältnisse. Wie sieht es denn bei uns zu Lande mit der öffentlichen Meinung aus?

Soll ich näher ausführen, wie bei uns auf den Tabernakel öffentliche Meinung gemacht, der Drang der Masse zu Ausschreitungen genährt, wie das arme ungebildete Volk mit allerlei leeren Versprechungen gepöppelt und als Vorwand zur Stellung der ungereimtesten Ansprüche benützt, wie der kurzschichtigen Menge geschmeichelt und immer die Zahl als die letzte Instanz, das höchste Tribunal hingestellt wird?

Oder soll ich unsere clericale Presse beleuchten, die auf die hohe Mission einer ehrbaren Journalistik: eine der lautersten Quellen der öffentlichen Meinung zu sein, längst verzichtet zu haben scheint, sich nur in den verwerflichsten persönlichen Anfeindungen ergeht, der Stimme der Wahrheit kein Gehör schenkt und die Rechtsbegriffe des Volkes in der beklagenswerthe Weise verwirrt?

Oder soll ich Ihnen die Machinationen in den clericalen Vereinen, das würdelose Treiben gewisser Herren schildern, die es wagen, sich Führer des Volkes zu nennen, denen jedoch kein höheres Ziel vorschwebt, keine Idee heilig ist, die nur die Massen für ihre dunklen Pläne erhitzen wollen, die niemals die Kraft des Geistes, sondern immer nur die Macht der Zahlen ins Feld führen?

Ich denke, ich kann auf alle diese traurigen Schilderungen verzichten; Sie alle kennen unsere kläglichen Verhältnisse, die Methode, mit welcher bei uns die Irreführung der öffentlichen Meinung betrieben wird.

Ein Vorgang aus der allerneuesten Zeit scheint mir aber auch auf unsere Zustände ein zu grelles Schlaglicht zu werfen, als daß ich ihn nicht noch kurz erwähnen sollte. Wir haben gehört, daß in diesen Tagen ein der Gegenpartei angehöriger, aber hochachtbarer Mann in einer bekannten Angelegenheit nichts weiter gethan hat, als daß er der Wahrheit die Ehre gab und die Fahne des Rechtes nicht verlassen wollte.

Welche Ueberraschung auf der einen, welche Bestürzung auf der anderen Seite hat dies hervorgerufen!

In dieser einzigen Thatsache liegt doch eine geradezu vernichtende Kritik unserer Zustände. Wie weit muß die Corruption nicht vorgeschritten sein in einer Alique und

ihrem Anhang, wenn die bloße Vertheidigung von Recht und Ehre, also nach unserer Auffassung doch etwas ganz selbstverständliches, die Grundlage alles öffentlichen Lebens, einen nahezu verblüffenden Effect hervorzubringen vermag.

Mangel an Unterricht, an genügender Bildung im Volke und eine fast systematische Untergrabung seines Rechtsgefühles, das sind unzweifelhaft auch bei uns die Quellen des Uebels; nur durch deren Beseitigung kann die Oeffnung ermöglicht und dem grenzenlosen Mißbrauche der öffentlichen Meinung, wie er hier zu Lande getrieben wird, ein Ziel gesetzt werden.

Denn das, was bei uns von clericaler Seite als Stimme des Volkes, als öffentliche Meinung in die Welt geschrien wird, ist ja doch, wie wir alle wissen, in Wahrheit zum größeren Theile nichts anderes, als eine traurige Fälschung, ermöglicht nur durch den Unverstand und die Schlawheit der Masse, nimmermehr aber die Ueberzeugung eines selbstständigen und aufgeklärten Volkes.

Ich schließe mit dem aufrichtigen Wunsche, daß wir noch das Ende der beklagenswerthen Zustände sehen möchten, die heute leider in unserer Heimat plözgegriffen haben und jeden aufrichtigen Freund der Freiheit, jeden wahren Freund des Volkes mit tiefem Schmerz erfüllen müssen, und daß wir noch die Zeit erleben möchten, wo eine gebildete und sittlich kräftige Generation die wahre öffentliche Meinung des Landes repräsentirt und in Uebereinstimmung bringt mit dem Geiste des Jahrhunderts, unter dessen segensreichem Walten andere Völker und Länder schon heute und seit langem ein aufgeklärtes und beglücktes Dasein führen.

(Fortsetzung folgt.)

— (Militärisches.) Se. Majestät der Kaiser haben die Aufstellung von 10 Truppendivisionen und 20 Brigaden angeordnet und haben dieselben nach einer eben publicirten Verordnung mit 1. Februar 1872 ihre Amtsbefähigung zu beginnen. In Zukunft werden die Truppendivisionen und Brigaden je nach ihrer Zusammensetzung als Infanterie- oder Cavallerie-Truppendivisionen, beziehungsweise Brigaden bezeichnet. Die Jägerbataillone gehören von nun an in die Eintheilung zu den Brigaden. In Folge dieser Erhöhung der taktischen Heereskörper wird der Dienststand des Generalstabes um 10 Stabsofficiere, 10 Hauptleute und 26 Oberlieutenants erhöht. Die Brigadegerichte werden nicht vermehrt. Die ganze Armee gliedert sich daher in Folge dieser Organisation in 36 Truppendivisionen mit 96 Brigaden für 12 Armeecorps im Kriegsfalle. In Laibach wird ein Truppendivisionsstab aufgestellt und in Graz ein zweiter Brigadestab emanirt, der aber erst im Mobilisirungsfalle zur Aufstellung gelangt. Mit der Führung der neuen höheren Commanden werden größtentheils die disponibel werdenden „Abtässe“ bei den Militärcommanden betraut.

— (Der Herr Landeshauptmann Alexander Graf Kuersperg) hat gestern das allgemeine Krankenhaus besucht und sämtliche Räume der Anstalt bis ins letzte Detail besichtigt, bei welchem Anlaß derselbe auch mit einzelnen Kranken aufs leutseligste verkehrte.

— (Frau Milbächer,) die laut eingesehenen Originalberichten auf den Grazer, Fester, Salzburger u. a. Bühnen als Opern- und Operettenfängerin die besten Erfolge errungen hat, verläßt heute Laibach und tritt nächster Tage als erste Sängerin in das Engagement des Grazer Stadttheaters, wo der Künstlerin ohne collegiale Hindernisse Gelegenheit gegeben wird, ihr reiches Repertoire zur Geltung zu bringen.

— (Professor Wiljalba Frikell), der bekannte und berühmte Magister und Esamoteur, wird heute Abends im Theater eine Vorstellung geben.

— (Arbeiterball.) Der Arbeiterbildungsverein veranstaltet auch heuer, und zwar am 21. d. M., in den Localitäten des Hotel „Elefant“ einen Arbeiterball, wozu alle Arbeiter und Arbeiterfreunde eingeladen werden. Bei dem Umstande, als die Unterhaltungen des Arbeitervereins sich größerer Theilnahme erfreuen, ist zu erwarten, daß auch dieser Ball ein gelungener werden wird.

— (Unglücksfall.) Gestern Nachmittags gegen halb 1 Uhr entstand in der k. k. Zigarrenfabrik in Folge, als aus einem Rauchfange ein stärkerer Rauch hervorquoll und einige Funken sichtbar wurden, ein Feuerlärm. Kaum vernahmen denselben die Fabrikarbeiterinnen, mehr als 1000 an der Zahl, so stürzten sie aus mehreren Arbeitsfälen des 5stöckigen Gebäudes und drängten sich über die Stiegen dem Ausgange zu. Vergebens waren die angestregten Bemühungen der Fabrikbeamten und Diener, sie zurückzuhalten, unaufhaltsam wälzte sich der Strom vorwärts. Ober der Stiege zwischen dem zweiten und dritten Stockwerke, wo das Gedränge am heftigsten war, wurden mehrere zu Boden geworfen und mehr oder weniger schwer verletzt, und eine sichere Maria Becsey, wohnhaft Polanavorstadt Nr. 77, blieb dabei erdrückt, todt am Boden liegen. Eine Arbeiterin sprang in der Angst durch ein Abzugsrohr zwei Stockwerke hoch hinauf und verletzte sich schwer. Die 17jährige Mina Perko war mehr als eine halbe Stunde bewußtlos, und nur den angestrengtesten Bemühungen des unverzüglich am Unglücksorte erschienenen Primararztes Dr. Reesbacher gelang es, sie durch künstliche Einathmungen wieder zum Leben zu rufen, doch schwebt sie noch in Lebensgefahr. Als mehr oder minder schwer verletzt wurden ins Spital abgegeben: Maria Pipan, Marianna Steblai, Thaler und Brinovec. Das Rauchfangfeuer war höchst unbedeutend und wurde unverzüglich gelöscht.



Cours der Geldsorten					
	Geld			Baare	
K. Münz-Ducaten.	5	fl.	37 tr.	5	fl. 39 fr.
Napoleon'scher . . .	9	"	14½ "	9	" 15 "
Preuß. Cassenscheine	1	"	72½ "	1	" 73 "
Silber	114	"	-- "	114	" 50 "

Krainische Grundbesitzungs- Obligationen, Privatnotierung: 85 75 Geld. 86 Baare.

(Credit-Pose.) Bei der am 2. d. M. stattgefundenen  
Ziehung der Credit-Pose wurden nachstehende Serien gezogen:  
681 848 987 1204 1263 1289 1786 2139 2474 2674 3167  
3192 3194 3551 3572. Gewinnsche: Serie 681 Nr. 34 gewinnt  
20.000 fl., S. 681 Nr. 69 gew. 40.000 fl., S. 848 Nr. 17  
gew. 1000 fl., S. 1204 Nr. 93 gew. 1500 fl., S. 1263 Nr. 47  
gew. 1000 fl., S. 1263 Nr. 54 gew. 1000 fl., S. 1289 Nr. 29  
gew. 200.000 fl., S. 1786 Nr. 6 gew. 1000 fl., S. 1786 Nr. 25  
gew. 5000 fl., S. 1786 Nr. 66 gew. 1500 fl., S. 2474 Nr. 2  
gew. 1000 fl., S. 2474 Nr. 35 gew. 400 fl., S. 2674 Nr. 2  
gew. 5000 fl., S. 2674 Nr. 70 gew. 1000 fl., S. 3167 Nr. 76  
gew. 1500 fl., S. 3192 Nr. 86 gew. 3000 fl., S. 3551 Nr. 79  
gew. 3000 fl., S. 3572 Nr. 9 gew. 1000 fl., S. 3872 Nr. 30  
gew. 1500 fl.

Verantwortlicher Redacteur: Ignaz v. Reimann.